

Thiel, Thorsten

**Book Part — Published Version**

## Demokratie in der digitalen Konstellation

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Thiel, Thorsten (2020) : Demokratie in der digitalen Konstellation, In: Riescher, Gisela Rosenzweig, Beate Meine, Anna (Ed.): Einführung in die Politische Theorie: Grundlagen - Methoden - Debatten, ISBN 978-3-17-032803-7, Kohlhammer, Stuttgart, pp. 331-349

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/216889>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

# Demokratie in der digitalen Konstellation

*Thorsten Thiel*

Die Entwicklung der Demokratie zur digitalen Transformation moderner Gesellschaften in Beziehung zu setzen, ist in den letzten Jahren zum Schwerpunktthema der Sozialwissenschaften sowie der politischen Öffentlichkeit geworden: Ein frühes Interesse im Zuge der Debatte um kybernetische Gesellschaftsmodelle darf als Vorläufer der Debatte gelten, doch ‚viral‘ ist die Untersuchung der Wechselwirkungen von digitalen Technologien und Gesellschaft erst seit den späten 1990er-Jahren und im Kontext der Durchsetzung des kommerziellen Internets geworden. Diskutiert wurden etwa die Eigenständigkeit des ‚Cyber-space‘, die Möglichkeit alternativer Medien, die revolutionäre Kraft digital basierter, kollektiver Aktion oder die Re-Konstitution demokratischer Öffentlichkeit im Zeichen von Transparenz und direkter Partizipation. Diese euphorischen Debatten wurden zugleich stets von Gefahrendiskursen begleitet und schließlich überlagert, etwa von jenen zum *digital divide*, zu Echokammern, zu Filterblasen, zum globalen Überwachungsstaat oder zur Monopolisierung öffentlicher Kommunikation auf privaten Plattformen. Aktuell wird der Diskurs durch einen Fokus auf soziale Medien, Polarisierung und die Destabilisierung liberal-repräsentativer Demokratien geprägt und am Horizont zeichnen sich bereits weitere Themenkomplexe ab wie die Frage danach, welche Auswirkungen der umfassende Einsatz automatisierter Entscheidungssysteme in nahezu sämtlichen Bereichen gesellschaftlichen Lebens haben wird.

Die hier erwähnten Debatten zeigen die hohe intuitive Plausibilität, Digitalisierung unmittelbar mit großen gesellschaftlichen Fragen zu verbinden und darüber demokratiethoretische Fragestellungen zu erschließen. Ziel dieses Beitrags ist es, bisherige Angebote und Diskussionen in der Politischen Theorie zu skizzieren und in der Gesamtschau zu erörtern. These ist, dass die Auseinandersetzung – ungeachtet des öffentlichen Interesses und der mittlerweile doch einige Jahre anhaltenden Themenkonjunktur – noch wenig ausgereift ist. Die (politiktheoretische) Forschung zu Demokratie in der digitalen Konstellation ist fragmentiert: Weder nimmt sie den interdisziplinären Forschungsstand zu Technik und Gesellschaft hinreichend auf, noch gelingt es ihr bisher, diesen um eigene Perspektiven zu erweitern. Anders als in Bezug auf die Debatten um Transnationalisierung, wo die Effekte des gesellschaftlichen Megatrends ‚Globalisierung‘ in neue Fragen für die Demokratietheorie umgewandelt wurden (► *Meine, Demokratische Selbstbestimmung jenseits des Staates?* in diesem Band), sind die Effekte von Digitalisierung in der Demokratietheorie nur selten als ei-

genständige, auch theoretisch transformative Herausforderung begriffen worden. Ein großer Teil der derzeit geleisteten Theoriearbeit orientiert sich daher eher lose an aktuellen Ereignissen und Diagnosen, größere Versuche, eine Theorie der Demokratie in der digitalen Konstellation vorzulegen, sind – zumindest aus der Politikwissenschaft oder der Subdisziplin der Politischen Theorie – nicht vorgelegt worden.<sup>1</sup>

Ungeachtet dieser generalisierenden Kritik macht der Beitrag zugleich deutlich, dass in einer vertieften Auseinandersetzung ein großes Potenzial liegt. So gibt es eine Vielzahl von Fragen und durchaus immer wieder auch wichtige Beiträge, die zeigen, wo ein politiktheoretisch informierter Diskurs helfen würde, um das im öffentlichen Diskurs gängige *Framing* von Digitalisierung als Chance bzw. Gefahr hinter sich zu lassen.

Im Folgenden werden drei Bereiche demokratischer Politik in den Vordergrund gestellt, in denen transformative Veränderungen offensichtlich sind und die unmittelbar in Zusammenhang zu Fragen der Demokratietheorie stehen:

- der mit Digitalisierung assoziierte Wandel repräsentativer Demokratie,
- die Transformation von Öffentlichkeit,
- die sich wandelnde Ausübung demokratischer Herrschaft.<sup>2</sup>

Inwiefern das Arsenal der Demokratietheorie sich eignet, die sich hier abzeichnenden Veränderungen zu beschreiben und zu bewerten bzw. welche neuen Fragen aufgeworfen werden, ist Gegenstand dreier kurzer Erörterungen. Vor der bereichsspezifischen Analyse muss aber zunächst noch einmal über Digitalisierung als gesellschaftliche Kraft und Medienwandel als demokratietheoretischen Gegenstand nachgedacht werden.

---

1 Das ist in der Soziologie anders, wo nicht nur eine ältere Tradition der Techniksoziologie existiert, sondern in den letzten Jahren eine Vielzahl von Arbeiten erschien, die sich umfassend anschicken, Digitalisierung und Gesellschaft zu theoretisieren; allein für den deutschsprachigen Raum s. etwa Stalder (2016); Reckwitz (2017); Baecker (2018); Nassehi (2019).

In der Politikwissenschaft und Politischen Theorie sind Auseinandersetzungen mit Medien und/oder Technik immer nur Randphänomene gewesen. Selbst mit Blick auf Einführungen und Übersichten gibt es einen auffälligen Mangel (s. aber Dahlberg (2011), Thiel/Jacob (2017) und Hofmann/Kersting/Ritzi u. a. (2019). Einen kritischen Gesamtüberblick über die deutschsprachige politikwissenschaftliche Digitalisierungsforschung gibt Kersting (2019).

2 Selbstverständlich deckt diese Auswahl nicht alle relevanten oder derzeit diskutierten Fragestellungen ab. Wichtige, auch politiktheoretisch interessante, hier aber weitgehend ausgesparte Diskurse sind etwa jene zum digitalen Kapitalismus (Staab 2019) oder zu Privatheit und Datenschutz (Nissenbaum 2009).

## Politische Theorie und Digitalisierung

Was also meint Digitalisierung? Digitalisierung bezeichnet einmal ein computerlesbares Verfügbarmachen von Information, eine Abbildung bzw. Verdopplung von Wirklichkeit in einem spezifischen Format von Information. In diesem Format lassen sich dann unterschiedliche Operationen vornehmen, die für die Kategorie des Digitalen spezifische Eigenheiten hervorbringen – und die daher meist fest mit digitalen Technologien assoziiert werden: Digital codierte Informationen lassen sich verlustfrei und deutlich umfangreicher speichern und wiederverfügbar machen, als dies mit analogen Informationen möglich ist; sie lassen sich anders verarbeiten (man denke an algorithmische Verfahren, Metadaten oder rekursive Anwendungen von Daten auf Daten); und sie lassen sich auch in einer anderen Weise übertragen und kommunizieren, etwa weitgehend unabhängig von raum-zeitlichen Einschränkungen (einen ähnlichen Systematisierungsvorschlag macht: Lenk 2016). Digitalisierung als Prozess der Durchsetzung und Ausweitung digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien ist eine Entwicklung, die sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts durchsetzt. Am Anfang steht die Entwicklung von Speicher- und Verarbeitungsverfahren (z. B. Mikroprozessoren), später treten dann Vernetzungs- und Protokolltechniken hinzu. Während der gesamten Phase der Durchsetzung wird die Welt zunehmend so umgestaltet, dass sie binär, sprich: digital zu erfassen ist (zur Frühgeschichte der Digitalisierung und ihrer gesellschaftlichen Vorbereitung Gugerli 2018; für deren Ideen und Bildergeschichte s. a. Rid 2016).

Als Resultat leben wir heute in digitalen Gesellschaften, in denen jeder Lebensbereich durch digitale Technologien erfasst, unterstützt und geformt wird (ein Phänomen, das Couldry/Hepp (2016) *deep mediatization* nennen, während Floridi (2015) es als *Onlife* bezeichnet). In jedem Lebensbereich wird die Möglichkeit digitaler Erfassung, Überwachung und Regulierung mitgedacht: Die Spanne reicht von Verkehr und Logistik über lebensweltliche Bereiche wie Ernährung oder Schlaf bis hin zu Wirtschaft und schließlich Politik.<sup>3</sup> Informationen, die nicht in digitaler Form erfasst sind, werden zunehmend irrelevant, da sie nicht maschinenlesbar und folglich nicht automatisierbar sind. Auch wird aus der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung ausgeschlossen, was ohne Bezug auf digitale

---

3 Die in diesem Aufsatz gestellte Frage nach dem Verhältnis von Digitalisierung zu Demokratie geht damit über die Frage nach der Bedeutung des Internets für die Demokratie hinaus. Das Internet ist meist der zentrale, oft sogar der einzige Fokuspunkt, den man wählt, wenn über die digitale Transformation gesprochen werden soll. Konnektivität wird dann für die entscheidendste der gesellschaftlichen Wirkungen von Digitalisierungsprozessen gehalten. Eine angemessene Konzeption der digitalen Konstellation unserer Gegenwart sollte das Phänomen aber sehr viel breiter beleuchten und etwa auch die Speicher- und vor allem die Verarbeitungslogik digitaler Technologien erfassen. Anschaulich machen dies etwa Adam Greenfield (2017) oder James Bridle (2018).

Komponenten auskommt. Das Ergebnis dieses Prozesses lässt sich daher am besten mit dem Begriff der *digitalen Konstellation* fassen. Dieser stellt in Anlehnung an Habermas' *postnationale Konstellation* (Habermas 1998) heraus, dass eine umfassende Veränderung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen vorliegt, die nicht einheitlich wirkt und sich dynamisch entfaltet. Zugleich weist die Konstellation jedoch bereits eine so hohe Prägekraft auf, dass ohne ihre Berücksichtigung in der Analyse selbst abstrakte normative Theorien des Politischen stumpf werden (Berg/Rakowski/Thiel 2020).

Was aber folgt aus der digitalen Konstellation? Wieso ist eine Veränderung in der Weise, wie eine Gesellschaft Informationen über sich produziert, prozessiert und kommuniziert, demokratietheoretisch relevant, selbst wenn sie das Leben fraglos beschleunigt und Routinen verändert? Um dies zu untersuchen, muss man zunächst verstehen, dass Technik – bzw. in diesem Fall konkret: digitale Technologien – nicht deterministisch auf Gesellschaft wirkt. Digitalisierung sollte daher nicht, wie es leider oft geschieht, als externe Kraft konzipiert werden. Was es in der digitalen Konstellation zu analysieren gilt, ist vielmehr, wie sich technische und gesellschaftliche Prozesse im Wechselspiel hervorbringen und ausformen (Passoth 2008; Katzenbach 2018: Kap. 5). Es ist dabei dann nicht die Eigenschaft von Digitaltechnik, sondern die Art und Weise, wie Technologien in der Gesellschaft zur Entfaltung gebracht werden, sprich: die soziale Einbettung in Praktiken und Selbstverständnisse, die Wirkung und Bedeutung erklären. Aus ‚dem Digitalen‘ folgt insofern auch nicht unmittelbar der Plattformkapitalismus oder der Überwachungsstaat. Andere Entwicklungen sind immer möglich und dies gilt mit Blick auf die scheinbare Evidenz der Entwicklung bestimmter Technologien – wie des Internets – selbst (Clark 2016).

Wenn dem so ist, stellt sich die Frage aber doppelt, wie eine gute Konzeptualisierung der Wirkweise von Technik in Bezug auf Demokratie aussieht – eine, die die Technologie und ihre Folgen hinreichend erfasst und die Kontingenz sowie die Prägekraft von Technologie ernstnimmt und reflektiert. Demokratietheorien sollten nämlich weder nur den Medienwandel als starre Gegebenheit aufnehmen noch ihn als völlig sozial verfügbaren Faktor behandeln, der, wenn er etwa Herausforderungen für die Demokratie erzeugt, einfach revidiert werden müsste (ein exemplarisches Beispiel für eine sehr anspruchsvolle Konzeptualisierung liefert Hofmann (2019)).

Methodisch bietet es sich an, auf in interdisziplinären Kontexten der Digitalisierungsforschung entwickelte Konzepte zurückzugreifen, etwa jenes der Affordanzen. Affordanzen bezeichnen in Technologien angelegte Möglichkeiten, betonen aber sowohl deren Relationalität in Bezug auf unterschiedliche Akteure, die Bedeutung von Designentscheidungen im Zugang und in der Nutzung von Technologie(n) und die Wichtigkeit der Wahrnehmung durch die Akteure. Affordanzen arbeiten so Potenzialitäten heraus und weisen einen Korridor von wahrscheinlichen Handlungsweisen zu (Scarlett/Zeilinger 2019; kritisch zum

Konzept Katzenbach 2018: Kap. 5). Für eine demokratiethoretische Verwendung muss das Konzept dabei geweitet und gesellschaftlich interpretiert werden. Affordanzen sollten in der Demokratietheorie nicht als konkrete Eigenschaft einzelner Artefakte in definierten Kontexten verstanden werden. Stattdessen bietet sich eine allgemeinere Verwendung an, deren Bezugspunkt gebündelte technologische Entwicklungen sind – wie das Internet oder mobile Kommunikation. Bezüglich dieser lässt sich dann untersuchen, welche abstrakten gesellschaftlichen Möglichkeitshorizonte sich entwickeln – als Beispiel die *Many-to-Many*-Kommunikation.<sup>4</sup> Erst im dritten Schritt werden diese weiter gefassten Affordanzen dann in einen reziproken, ko-konstitutiven Bezug zur Entwicklung gesellschaftlicher Strukturen gesetzt – etwa die Plattformökonomie. Versteht man Digitalisierung in dieser Weise als nicht determinierend, wohl aber die Handlungsmöglichkeiten innerhalb einer Gesellschaft in relevanter Weise konfigurierend und erkennt zudem, dass in Technik selbst soziale Konventionen eingeschrieben und verfestigt sind, so wird deutlich, dass Digitalisierung als politisches Phänomen – analytisch wie normativ – gefasst werden kann und sollte. In der Ausbreitung digitaler Kommunikation liegt dann eine umfassende gesellschaftliche Strukturveränderung begründet, eben weil in einem digital geprägten Kontext andere Handlungsmöglichkeiten naheliegen und folglich wahrscheinlicher werden (Berg 2018).

## Die repräsentative Demokratie in der digitalen Konstellation

Das erste Feld, in dem es sich über die Wirkungen von Digitalisierung auf zentrale Fragenkomplexe Politischer Theorie nachzudenken anbietet, ist das Feld der politischen Institutionen der repräsentativen Demokratie. Genau an der Schnittstelle von Partizipation zu Repräsentation fand dann auch wenig überraschend die erste explizit politiktheoretische Beschäftigung mit Digitalisierung statt. Im Zentrum stand dabei die Annahme, dass die durch Digitaltechnologien absinkenden Partizipationskosten eine Umstellung demokratischer Verfahren hin zu beteiligungsintensiveren Formen erlauben würde. Diese Debatte wird von der alten Vorstellung vorangetrieben, dass die repräsentative Form der Demokratie eine Krücke ist, die nur deshalb nötig wurde, weil aufgrund von Größe und Komplexität ein eigentlich freiheitlicheres, direktes Format der Demokratie

---

4 Dass *Many-to-Many*-Kommunikation politiktheoretische Bedeutung haben kann, wird etwa schon früh – im Anschluss an Bertolt Brecht – von Hans Magnus Enzensberger (1974) in dessen *Baukasten zu einer Theorie der Medien* diskutiert.

scheitern muss. Erwartet wurde, dass politische Systeme responsiver und zugleich egalitärer und rationaler gestaltet werden könnten. In Richtung sowohl der Regierenden als auch der Regierten stünden durch digitale Vermittlung mehr und genauere Informationen zur Verfügung. Ferner fördern digitale Prozesse Unmittelbarkeit, vereinfachen die Visualisierung von Feedback und öffnen Austauschkanäle, die außerhalb der Reichweite klassischer Mechanismen der repräsentativen Institutionen – insbesondere der periodischen Wahl – liegen (einen Überblick über unterschiedliche Weisen, diese Position zu formulieren, bieten Fung u. a. 2013). Dieses Potenzial der Digitalisierung gelte es, konsequent zu nutzen – auch wenn dies kein Selbstläufer sei, sondern sehr bewusstes Arbeiten am medialen und institutionellen Setting verlangt (ausgearbeitet etwa bei Coleman/Blumler 2009).

Von Seiten der Politikwissenschaft wurde dieser Beteiligungseuphorie aber bereits in der Frühphase der Entwicklung überwiegend Skepsis entgegengebracht (Schmalz-Bruns 2001; Barber 1998; Buchstein 2002; Hindman 2008). Kritisiert wird, dass es ein Fehler sei, Demokratie so umstandslos mit Partizipation gleichzusetzen. Die repräsentative Demokratie, wie sie sich seit den Revolutionen der Neuzeit entwickelt und konsolidiert habe, sei eben kein Surrogat für direkte Beteiligung, sondern umfasse eine Vielzahl von Facetten, die durch die vermittelte Form gerade nicht nur simuliert werden, sondern in dieser begründet sind. Die angestrebte Demokratisierung durch mehr Mitsprache sei daher kein Automatismus, vielmehr müsse man differenzieren und insbesondere auch negative Effekte wie etwa die Ungleichheit partizipationsintensiver Verfahren, die Unbeständigkeit einer Abstimmungsdemokratie, die Erosion der Gewaltenteilung durch die Weihen der Direktentscheidung und anderes ernstnehmen. Die Kritik der Gleichsetzung von Partizipationsmöglichkeiten und demokratischer Teilhabe sorgte in Verbindung mit den Enttäuschungen realer Partizipationsprojekte dafür, dass Schlagworte wie *E-democracy* und *E-government*, die mit dieser Form der Weiterentwicklung der Demokratie verbunden sind, nie tatsächlich im politikwissenschaftlichen Diskurs durchgesetzt wurden (Kreiss 2015; Bastick 2017).

Trotzdem wäre es aus Sicht der Politischen Theorie vorschnell, den Formwandel repräsentativer Demokratie als erledigt anzusehen. Weiterführend wäre es stattdessen, die Frage anders zu stellen, und zwar so, dass sie über den Aspekt der Ersetzung von Repräsentation durch Partizipation hinausgeht. Dies kann auf mindestens drei Weisen produktiv geschehen:

1. indem man ein weiteres Verständnis von Repräsentation zugrunde legt;
2. indem neue Weisen der Selbstorganisation zivilgesellschaftlicher Akteure reflektiert werden;
3. indem betrachtet wird, wie die Datafizierung der öffentlichen Meinung das Prinzip der Repräsentation selbst verändert.

In der Politischen Theorie wurde vor etwa zwei Jahrzehnten der sog. *representative turn* ausgerufen, dessen zentrale Idee die Re-Konzeptualisierung der Bedeutung von Repräsentation für die Demokratie ist. Der Clou der Argumentation ist dabei, das Verhältnis von Repräsentant\*innen und Repräsentierten eben nicht als eines der Abbildung oder der Interessendelegation zu fassen und nach starrer Kontrolle oder unmittelbarer Artikulation zu fragen, sondern die interaktive Komponente der Repräsentation hervorzuheben, die ihre Qualität aus einer dialogisch-deliberativen Anlage bezieht (Thaa 2008, ► Kemper in diesem Band). Repräsentation wird dann nicht identitätslogisch, sondern differenzlogisch gedacht, was bedeutet, dass es durch sie gerade gelingen soll, die Pluralität moderner Gesellschaften erfahr- und damit verhandelbar zu machen. Legitimität entsteht somit nicht aus der (behaupteten) Kongruenz kollektiver Entscheidungen mit einem Gemeinwillen, sondern aus der politischen Auseinandersetzung gerade über Rollengrenzen hinweg. Repräsentation wird in einem solchen Verständnis dynamisch und permanent. Und gerade deshalb sind auch hier die Veränderungen der digitalen Konstellation wichtig: Theoretisiert werden muss, wie sich die Schnittstelle von Politik und Öffentlichkeit verändert. Während sich die Anzahl analytischer Beschreibungen dieser Veränderungen stets vergrößert, steht deren demokratiethoretische Verarbeitung noch weitgehend aus. Drei Beispiele zeigen das:

- die Diskussion der *Monitory democracy*, in der Repräsentation um das Prinzip ständiger und gerade auch informeller Kontestation ergänzt wird (Keane 2011; Rosanvallon 2008);
- die Diskussion des Wandels von Parteien zu digitalen Parteien oder *platform parties* (Gerbaudo 2019);
- und die Untersuchungen der Bedeutung und Form von Transparenz für die Demokratie (Sifry 2011).<sup>5</sup>

Politische Theorie kann in diesen Feldern ihre eigene Reflexionsebene erweitern und zugleich unter Rückgriff auf bestehende Debatten für Tiefe sorgen:

- im Hinblick auf die *Monitory democracy* etwa, indem sie stärker differenziert, inwiefern diese Kontestationen sich tatsächlich in politischen Einfluss umsetzt oder ob die „hyperproduction of judgment“ nicht leerläuft, da sie den Einfluss der Bürger\*innen halbiert (Urbinati 2019) bzw. Konflikte durch Individualisierung entpolitisiert (Dormal 2018);
- im Hinblick auf die Transformation der Parteien, indem sie die Bedeutung von parteilicher Organisation in der mediatisierten Demokratie überhaupt

---

5 Eher konstruktiv als analytisch passen in solche Überlegungen auch Arbeiten, die insgesamt über Umgestaltungen der Schnittstelle von Repräsentant\*innen und Repräsentierten nachdenken, insbesondere solche, wo die Mechanismen der Mandatserteilung digital zu reformieren gesucht werden – wie etwa in Theorien der *liquid democracy* (Blum/Zuber 2016).



- aufgreift und etwa darauf eingeht, wie populistische Politikstile einen anderen Zugriff auf die Affordanzen vernetzter Kommunikation haben als emanzipatorische Bewegungen (empirische Arbeiten hierzu existieren: Baldwin-Philippi 2019; Bennett/Seegerberg/Knüpfer 2018);
- und im Hinblick auf Transparenz, indem sie kritisch aufzeigt, wo das Ideal der Transparenz keineswegs aufgeht im demokratischen Narrativ, sondern die Potenziale politischer Auseinandersetzung untergräbt (August 2018).

Ein zweiter – anders gelagerter – Zugriff läuft darauf hinaus, Techniken und Strategien der Selbstorganisation innerhalb demokratischer Kollektive zu fokussieren und zu prüfen, wie innerhalb der Zivilgesellschaft eigene repräsentative Ansprüche hervorgebracht und politische Forderungen artikulationsfähig werden. Dies wird gerade deshalb theoretisch interessant, da sich in der digitalen Konstellation die Bedingungen der Möglichkeit kollektiven politischen Handelns stark verbessern. Ein älterer Diskurs, der hieraus offensiv die Erwartung ableitete, dass sich qua Digitalität Artikulationsprozesse demokratisieren und zugleich politisch wirksam werden (Rheingold 2003; Shirky 2008), wurde dabei angesichts der Erfahrungen zivilgesellschaftlicher Bewegungen zunehmend spezifiziert, sodass insbesondere in der empirisch-analytischen Literatur mittlerweile sehr deutlich ist, unter welchen Bedingungen konnektives Handeln tatsächlich chancenreich ist und wie es sich konfiguriert (Bennett/Seegerberg 2014; Earl/Kimport 2011; Tufekci 2017). Für die Politische Theorie ist hier bedeutsam, dass in der digitalen Konstellation politischer Aktivismus und die Formierung öffentlicher Meinung nicht so eindeutig als das Herstellen geteilter Überzeugungen verstanden werden sollte. Politische Bewegungen können sich, unterstützt durch den Kontext digitaler Kommunikationstechnologien, vielmehr heterogener und hybrider entfalten, selbst als Plattformen auftreten und neben dem claim-making insbesondere auch Versuche unternehmen, eine andere Politik vorzuleben (wie es etwa im Kontext der Occupy-Bewegung auch politiktheoretisch viel diskutiert wurde, s. Juris 2012; Lorey 2012). Nicht die oft simplistische Kritik von Scheinpartizipation und Slacktivism (so aber etwa Schwarz 2014, gehaltvoller Rendueles 2015), sondern die Verortung sich neu ergebender Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Aktivität sollten im Zentrum der Forschung stehen. Ein Ergebnis könnte die Schärfung des durch digitale Praktiken noch einmal stärker überbordenden Partizipationsbegriffes sein (Kelty u. a. 2015).

Die dritte, politiktheoretisch interessante Veränderung im Bereich der Repräsentation dreht die Perspektive ein weiteres Mal. Nun geht es um die Art und Weise, wie sich die Konstruktion der öffentlichen Meinung und deren Bedeutung für die Politik verändert. Die Datafizierung der öffentlichen Meinung verspricht einen feingranulierten, permanenten und sogar experimentellen Rückgriff auf Stimmungen und Ansichten innerhalb einer Bevölkerung; einen Rückgriff, der sich sogar ohne Partizipation und allein durch Beobachtung realisieren und per-

manent testen lässt. Wenn das demokratische Ideal als responsive Politik interpretiert wird, scheint in einer solchen Erfassung und unmittelbaren Aufbereitung von Ansichten auf den ersten Blick eine große Chance zu bestehen. Der Aufschwung der Meinungsforschung und ihre Bedeutung für demokratische Politik ist daher immer wieder von Hoffnungen auf eine adäquatere demokratische Politik getragen, welche Repräsentation durch ein sensibleres Instrumentarium zu bereichern versucht (Keller 2001). Besonders deutlich wird diese Tendenz, demokratische Partizipation durch Beobachtung oder *listening* zu ersetzen, im Kontext von Wahlen (Kreiss 2016; für den Kontext sozialer Bewegungen auch Karpf 2016). Die Demokratietheorie wird angesichts dieser Entwicklung noch genauer herausarbeiten müssen, welches Verständnis von Politik in einer solchen Konstruktion des Demos zum Ausdruck kommt und worin der Wert aktiver Partizipation und öffentlicher Deliberation eigentlich genau besteht. Das Verhältnis individueller Interessen zur demokratischen Meinungsbildung wird ebenso ein wichtiges Forschungsthema werden wie die Auseinandersetzung mit der handlungsleitenden Kraft, die aus einem solchen Blick auf Öffentlichkeit entsteht und sich etwa in der Datengetriebenheit politischer Kampagnen manifestiert.

## Demokratische Öffentlichkeit und der digitale Strukturwandel

In seinem Aufsatz *Der Sinn von Öffentlichkeit* unterscheidet Bernhard Peters 2007 drei Bedeutungen von Öffentlichkeit: Als institutionalisierte Handlungssphäre, in Beziehung zu Kommunikation und Wissen (und damit in Abgrenzung zu privat und geheim) und schließlich in einem emphatischen Sinne als eine Art Kollektiv, das auf kommunikativen Verbindungen beruht und daher eine differenzierte öffentliche Meinung bilden kann (► Rosenzweig, *Privatheit und Öffentlichkeit* in diesem Band). Die Veränderung der Infrastruktur moderner Öffentlichkeiten durch digitalisierte Informations- und Kommunikationstechnologien bringt in allen drei Hinsichten Veränderungen mit sich, die auch in Politikwissenschaft und Politischer Theorie zunehmend registriert und in die Theoriediskussionen einbezogen werden.

Wie schon das Forschungsfeld Partizipation und Repräsentation wird auch die Erforschung des digitalen Strukturwandels von Öffentlichkeit meist in der Form von These und Antithese erzählt – mit einer über die Zeit immer deutlicher dominanten Verfallsgeschichte. Die optimistische These verweist auf die ermächtigenden Aspekte, die in den digital begründeten Möglichkeiten zur *Many-to-Many*-Kommunikation zum Ausdruck kommen: „The network allows all citizens to change their relationship to the public sphere. They no longer need be

consumers and passive spectators. They can become creators and primary subjects. It is in this sense that the Internet democratizes“ (Benkler 2006: 271; s. a.: Bohman 2004; Zuckerman 2014). Digitale Informations- und Kommunikationstechnologien adressieren demnach die demokratischen Defizite einer massenmedial organisierten Öffentlichkeit, im Besonderen die überstarke Stellung der medialen Gatekeeper (Münker 2009). Anlassbezogen – man denke an den Arabischen Frühling oder #MeToo – wird diese Position auch immer wieder viral und öffentlich breit diskutiert.

Ebenso alt wie die optimistische Vorstellung digitaler Öffentlichkeiten ist jedoch deren Antithese, welche besagt, dass die digitale Öffentlichkeit ihre Versprechungen nicht dauerhaft, sondern höchstens episodisch einlöst, auf lange Sicht aber vor allem das Vermögen demokratischer Öffentlichkeiten erodiert, sich als kollektiver Akteur mit einer qualitativ bestimmten und differenzierten öffentlichen Meinung zu artikulieren. Hierfür wird nicht die prinzipielle Möglichkeit sich zu artikulieren infrage gestellt, sondern die Art und Weise, wie sich öffentliche Meinung als Ganzes und im Wechselspiel von Artikulation, Gehörtwerden und Verstehen permanent formt und reproduziert. Die Annahme ist, dass digitale Öffentlichkeiten fragmentieren und sich radikalieren, da die digitale Form zum einen eine potenziell unendliche Zahl an Kanälen schafft, in der die Bildung von Echokammern begünstigt wird (Sunstein 2001), zum anderen algorithmisch verstärkt, Weltansichten polarisiert werden – die Idee der Filterblasen (Pariser 2011).<sup>6</sup> Jüngere Debatten wie etwa um die Verrohung der politischen Auseinandersetzung (*Hate Speech*) oder um die Manipulierbarkeit digitaler Medien haben die Position weiter verstärkt und geben Anlass zu der Forderung, das Verhältnis von Medien und Politik neu zu denken. Soziale Medien gelten daher als die Demokratie bedrohend, da sie zentrifugale Kräfte in der Gesellschaft erzeugen (den Diskurs einordnend Margetts 2019; ein Neudenken politischer Begriffe der Öffentlichkeit fordernd Bennett/Pfetsch 2018).

Aus der direkten Konfrontation dieser zwei normativ aufgeladenen Sichtweisen auf digitale Öffentlichkeit lassen sich auch Vehemenz und Dynamik der öffentlichen Diskussion erklären. Politische Theoretiker\*innen nehmen hierin oft eine abwägende, im Schnitt aber eine mahnende Position ein. Den frühen Beiträgen in der Debatte bis etwa im Jahr 2010 kam dabei eine gewisse Avantgarde-Stellung zu (etwa Dean 2003; Sunstein 2001), da es diesen gelang, vorausschauend Entwicklungen und deren Kritik vorwegzunehmen. In der aktuellen Diskussion hingegen ist die anhaltende Fixierung auf das schematische Abwägen von Potenzialen und Risiken lähmend: zum einen, weil dem Diskurs kaum mehr Facetten hinzuzufügen sind; zum anderen, weil die reale Ausdifferenziertheit

---

6 Insbesondere bezüglich der Filterblasen-These ist zu beachten, dass es mittlerweile eine große Zahl empirischer Arbeiten gibt, die die Wirkungen algorithmischer Selektion deutlich relativieren oder kontextuell spezifizieren. Die These erscheint überzogen, ihre häufig kritiklose Übernahme im politiktheoretischen Diskurs sollte insofern hinterfragt werden (Bruns 2019; Rau/Stier 2019).

der Wirkungen von digitaler Kommunikation generalisierende Darstellungen unterläuft.<sup>7</sup> Daher plädiert der verbleibende Teil dieses Aufsatzes dafür, die Perspektive der Politischen Theorie auf digitale Öffentlichkeiten entschieden zu weiten.

Dies kann erstens dadurch geschehen, dass das Demokratieverständnis der Öffentlichkeitsdiagnosen selbst zum Thema gemacht wird. Die beiden oben skizzierten Perspektiven auf digitalisierte Öffentlichkeit haben etwa gemein, dass sie ein stark handlungsbezogenes Verständnis von Öffentlichkeit zugrunde legen und unmittelbar die Qualität einer demokratischen Öffentlichkeit mit einer sich herausbildenden kollektiven Identität verbinden. Zwar existiert eine gewisse Spannweite an Begründungen, wie diese Identität aussehen kann – von lockeren liberalen Positionen über den Mainstream deliberativdemokratischer Theorie bis hin zu stärker kommunitaristischen Verständnissen –, doch andere in der Politischen Theorie virulente Positionen sind in der Diskussion nicht oder kaum angekommen: etwa radikale (Dahlberg 2007; de Lagasnerie 2016), pragmatistische (Antic 2017) oder republikanische Theorien der Demokratie (Thiel 2017b; ähnlich, aber rechtswissenschaftlich argumentierend Ingold 2017). Eine weniger auf kommunikative Gesamtheit fixierte Betrachtung von Öffentlichkeit böte die Chance, Pluralität stärker prozedural zu fassen und die Rolle von Institutionen im Prozess der Öffentlichkeitswerdung zu schärfen.<sup>8</sup>

Zweitens sollte Politische Theorie in der Auseinandersetzung mit digitalen Öffentlichkeiten nicht nur als Ressource fungieren, sondern sie sollte den Wandel auch zum Anlass nehmen, sich selbstkritisch mit dem eigenen Desinteresse an den Infrastrukturen und der Medialität von Öffentlichkeit auseinanderzusetzen. Bereits 1969 schrieb Karl W. Deutsch, dass Politische Theorie „im Wesentlichen auf den Erfahrungen und technischen Voraussetzungen [beruht], die man bis 1850 kennengelernt hatte“ (Deutsch 1969: 125). Für große Teile der Politischen Theorie gilt diese Beschreibung noch heute. Auseinandersetzung um Öffentlichkeit fokussieren vor allem Fragen kollektiven Handelns; Strukturen werden darin oft nur unter dem Aspekt von Macht und Kontrolle analysiert und dabei immer medial unspezifisch gedacht. Damit verpasst Politische Theorie aber die distinkte Art und Weise, wie technische Infrastrukturen mit Gesellschaft interagieren und den Formwandel der Demokratie mitprägen (Hofmann 2019).

---

7 Von dieser Kritik sollte eine Spezialdebatte um die Veränderung zivilen Ungehorsams im digitalen Kontext ausgenommen bleiben, die sich als äußerst produktiv erwiesen und die Debatte um die Grenzen liberaler Demokratie und politischen Aktivismus auch in der Politischen Theorie neu belebt hat (s. etwa Celikates 2015; Züger 2017).

8 Sich weniger auf die Dimension von Öffentlichkeit als Akteur zu fokussieren, könnte auch bedeuten, den beiden anderen, eingangs des Aufsatzes skizzierten Dimensionen mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen: Öffentlichkeit als Infrastruktur (Benkler 2016) und dem sich wandelnden Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit (etwa die demokratietheoretische Diskussion um die Veränderung von Anonymität im Kontext der digitalen Konstellation: Thiel 2017a; Asenbaum 2018; Moore 2018).

Eine vertiefte Beschäftigung mit der Frage, wie sich Öffentlichkeit konstituiert und rekonstituiert, würde Politischer Theorie die Chance eröffnen, über den theoretischen Tellerrand hinauszuschauen und etwa auch Ansätze in den Science and Technology Studies oder den Medienwissenschaften zu rezipieren, welche bisher selten aufgegriffen werden, obwohl dort starke Bezüge zur Politik und dem Politischen etabliert sind.

Drittens schließlich lässt sich die Auseinandersetzung um digitale Öffentlichkeit auch konstruktiv wenden. So haben im öffentlichen Diskurs die dominanten Krisendiagnosen der demokratischen Öffentlichkeit in den letzten fünf Jahren einen immer stärker werdenden Regulierungsdiskurs in Gang gesetzt. Große Plattformunternehmen und soziale Netzwerke sind mittlerweile alle mit politischen Forderungen von Regulierung bis Zerschlagung konfrontiert und gerade die europäische Gesetzgebung hat das Argument der Neutralität der Intermediäre verworfen, mit denen diese den politischen Charakter der Kreierung öffentlicher Räume zu überdecken versuchten. Längst ist absehbar, dass die Frage, welche Öffentlichkeiten Demokratie benötigen und wie sie diese schaffen können, in den kommenden Jahren eines der politisch wichtigsten Themen sein wird. Politische Theorie kann und sollte hier sprechfähig werden. Dafür ist notwendig, sich mehr mit der Form und der Funktion des Mediensystems für die Demokratie auseinanderzusetzen (Keane 1995; Habermas 2008), aber auch konkret zu erörtern, welche Verantwortung demokratische Staaten für ‚ihre‘ Öffentlichkeit haben. So müsste etwa thematisiert werden, inwiefern Öffentlichkeit durch öffentliche Strukturen hervorzubringen ist, wie Kontrolle ausgeübt, zugleich aber dem enormen Missbrauchspotenzial begegnet werden kann, welches aus der Verfügung über die Medienlandschaft und die dort anfallenden Datensammlungen entsteht (Seemann 2019).

## Demokratische Herrschaft: neue Herausforderungen

In der Auseinandersetzung mit demokratietheoretischen Fragen konzentriert sich die Politische Theorie insbesondere auf die Frage der Legitimation von Herrschaft – und unter diesem Blickwinkel wurden die Bereiche Repräsentation und Öffentlichkeit besprochen. Zwar wird die Notwendigkeit der Kontrolle von Herrschaft in vielen Theoriearbeiten mitbedacht und – insbesondere im Fall des Missbrauchs von Herrschaftspositionen – auch thematisiert; selten aber wird das „Wie“ von Herrschaft spezifiziert. Stattdessen wird im Allgemeinen ein Fokus auf öffentliche, zwangsbewährte Macht gesetzt und die Ebene der politischen Administration über ein Amalgam aus Recht und Verwaltung als natürliche Form politischer Machtausübung angenommen. In der digitalen Konstellation verändert sich jedoch zunehmend auch die Art und Weise, wie und von wem

Herrschaft ausgeübt wird. In zwei Hinsichten soll dies abschließend thematisiert werden, um ein Bewusstsein für die politiktheoretische Relevanz dieser Frage zu schaffen: erstens in Bezug auf die Bedeutung privater Machtausübung im Plattformkapitalismus, zweitens in Bezug auf die Ausbreitung automatisierter Entscheidungssysteme.<sup>9</sup>

Dass private Firmen wirtschaftliche Macht akkumulieren und dabei auch politischen Einfluss generieren, ist ebenso bekannt, wie dass die wirtschaftliche Akkumulation oder die Herausbildung von Monopolstrukturen für politische Akteure eine große Regulierungsherausforderung darstellen. Die emergente Form des Kapitalismus in der digitalen Konstellation weist jedoch mehrere strukturelle Besonderheiten auf, die bewirken, dass es in diesem Forschungszweig nicht nur um die ältere Frage der demokratischen Einhegung des Marktes geht, sondern fundamentaler um das Funktionieren der Demokratie und die Frage, wer welche Formen von Macht ausüben darf. Der Umstand, dass digitale Technologien sämtliche Lebensbereiche durchdringen und damit für Datafizierung und Kommodifizierung zugänglich machen, ist hierbei ausschlaggebend. Er bewirkt einen Kollaps von Kontexten, aus dem heraus sich tiefgreifende Abhängigkeiten und damit Möglichkeiten der Machtausübung ergeben. Diese neuen Herrschaftspotenziale liegen in der Hand von oft nur schwach legitimierten und schwer zu kontrollierenden privaten Akteuren. Das Einweben digitaler Strukturierung in all unsere gesellschaftlichen Praktiken und der hohe Grad an Personalisierung machen Herrschaftszusammenhänge dabei nicht nur schwierig zu entdecken, sondern vor allem auch kaum kollektiv zu adressieren (Zuboff 2018; Susser/Roessler/Nissenbaum 2019). Eine Aufgabe Politischer Theorie im Kontext der digitalen Konstellation ist es daher, neu über Form und Funktion von Macht, gerade privater Macht, nachzudenken. Einen Vorschlag, wie etwa eine spezifische Form der *network power* aussehen kann, hat bereits vor längerem Manuel Castells (2011) vorgelegt.

Die zunehmende Automatisierung von Entscheidungsprozessen stellt ein weiteres Feld für politiktheoretische Analysen dar. Auch hier ist es nicht der Vorgang der Automatisierung selbst, der Neuheit beanspruchen kann – auch der Industriekapitalismus oder die Bürokratisierung lassen sich als Automatisierungswellen beschreiben –, sondern die spezifische Art und Weise der Automatisierung ist interessant. Zunächst ist es dabei stets die ‚Macht der Algorithmen‘, die das Interesse weckt. Zwei Fragen werden immer wieder aufgeworfen: die

---

9 Mindestens drei weitere Themen wären ebenfalls für eine tiefere Auseinandersetzung in Frage gekommen: der Wandel staatlicher und demokratischer Souveränität angesichts des Dezentralisierungsimpulses von Netzwerkkommunikation (Schaal u. a. 2018; Pohle/Thiel 2019; Ritz/Zierold 2019), der Themenkomplex Digitalisierung und Subjektivierungsweisen (Cohen 2012) und die Veränderung staatlicher Machtausübung durch die Möglichkeiten permanenter und automatisierter Überwachung (Stahl 2016; Couldry 2017).

Frage nach der Akteursqualität algorithmischer Prozesse – emblematisch verdichtet in den Diskussionen über künstliche Intelligenz – und die Frage, wie sich automatisierte Entscheidungssysteme in Gesellschaft einschreiben und dabei soziale Macht produzieren (Beer 2017; Kitchin 2017). Letzteres ist das demokratietheoretisch interessantere Thema, da hier die Frage verhandelt wird, wie sich individuelle und kollektive Autonomie angesichts von sich selbst beständig rekonfigurierenden, dynamischen Entscheidungsumgebungen verändern. Analytisch wird dabei verhandelt, wie etwa aktuelle Inkarnationen des *machine learning* in ihrer Vermengung von Modellannahmen, Algorithmen und fortgesetzter Korrektur durch Daten nachvollziehbar und fair bleiben können. Dass viele der Antworten, die derzeit im öffentlichen Diskurs auf diese Herausforderungen gegeben werden, auf das Suchen fester ethischer Leitlinien hinauslaufen, zeigt die fehlende politiktheoretisch-gesellschaftliche Reflexion des Themas (Wagner 2018). Auch nach der Politisierbarkeit scheinbar sanfter, vor allem aber unsichtbarer Verfahren der Machtausübung müsste vermehrt gefragt werden, zumal weil automatisierte Entscheidungssysteme zunehmend Einzug in die öffentliche Verwaltung erhalten – von der Administration des Sozialstaats bis hin zur Rechtsdurchsetzung (Spielkamp 2019). Die demokratietheoretische Herausforderung besteht hier nicht einfach nur in der Kritik undurchsichtiger Verfahren (Pasquale 2015), sondern darin herauszuarbeiten, wie sich die Ausweitung automatisierter Entscheidungssysteme zur Rechtsform als klassischer Herrschaftsform der Demokratie verhält. Während im Recht eine klare Trennung von Rechtssetzung und Rechtsanwendung, hohe Generalisierbarkeit und eine entzerrende Prozeduralisierung angelegt sind, verdichten automatisierte Entscheidungssysteme den Zusammenhang von Entscheidungsfindung und Entscheidungsumsetzung, adjustieren sich konstant im Fluss neuer Daten und individualisierter Kontexte und verdecken ihre aktive Strukturierung durch die Technizität ihrer Programmierung. Es wäre daher zu fragen, ob automatisierte Entscheidungspraktiken als Herrschaftsweisen demokratisierbar sind – und wenn ja, wie.

## Fazit

Die vorangehenden Ausführungen machen deutlich, dass für Politikwissenschaft und Politische Theorie aus der digitalen Konstellation eine Vielzahl grundlegender Fragen erwächst. Wie wir Demokratie verstehen, muss bis hin zur Ebene zentraler Konzepte wie Öffentlichkeit, Partizipation oder Repräsentation neu gedacht oder zumindest systematisch befragt werden. Die Rekonfiguration unserer Gesellschaften in der digitalen Konstellation ist ähnlich funda-

mental und umfassend wie der durch den Buchdruck bewirkte Gesellschaftswandel. Digitalisierung ist daher auch nicht alleine auf digitale Technologien – wie das Internet – zu beziehen, sondern ist, eben als digitale Konstellation, umfassend in allen gesellschaftlichen Handlungskontexten zu bedenken. Wenn technischer Wandel in dieser Weise die Form politischer Vergemeinschaftung und politischen Handelns grundlegend verändert, so muss auch der dem Wandel zugrunde liegende sozio-technische Prozess in die politiktheoretische Reflexion einbezogen und verstanden werden. Weil Digitalisierung in diesem Sinn in den Kernbereich des Politischen fällt, ist es geboten, dass Politische Theorie die Aktualität ihrer Fragen – wie auch ihrer Antworten – vor dem Hintergrund der digitalen Konstellation neu reflektiert.

Auch wenn es unumstritten ist, dass sich Politische Theorie mit der digitalen Konstellation zu beschäftigen hat, stellt sich trotzdem die Frage nach dem Ist-Zustand und der Ausrichtung weiterer Forschung. Das Plädoyer dieses Beitrags lautete, sich nicht auf die scheinbar naheliegende Frage nach ‚Digitalisierung als Gefahr für die Demokratie‘ zu versteifen. Vielmehr lautet die Anregung, die Laboratoriumsfunktion Politischer Theorie zu nutzen und zugleich die Diskussion, um Veränderungen spezifisch und kontextsensitiv zu führen. Politische Theoretiker\*innen sollten dabei darauf achten, nicht nur gegenüber der Empirie, sondern auch gegenüber benachbarten Disziplinen und scheinbar fremden Vokabularen offen und irritationsbereit zu sein, da in diesen bereits seit längerem elaborierte Forschung – auch in Bezug auf Demokratie und das Politische – vorangetrieben wird.

## Lektüreempfehlung

Fung, Archon/Russon, Gilman Hollie/Shkabatur, Jennifer (2013): Six Models for the Internet & Politics, in: *International Studies Review* 15 (1), S. 30–47.

*Dieser Überblicksartikel stellt sechs verschiedene Weisen vor, um den Einfluss des Internets auf politische Prozesse in der Demokratie zu konzeptualisieren. Der Schwerpunkt liegt auf Beteiligungsverfahren und der Artikel argumentiert, dass langsame und kleinteilige Veränderungen eher zu erwarten sind als eine revolutionäre Transformation des demokratischen Prozesses.*

Hofmann, Jeanette (2019): Mediated Democracy – Linking Digital Technology to Political Agency, in: *Internet Policy Review* 8 (2), S. 1–18.

*Ein programmatischer Artikel, der dem Verhältnis von demokratischer Organisation und medialer Veränderung nachgeht und erläutert, wie die wechselseitige Beeinflussung von Medialität/Technik und Demokratie analytisch sowie demokratietheoretisch präziser zu erfassen wäre.*

Thiel, Thorsten/Jacob, Daniel (Hrsg.) (2017): Politische Theorie und Digitalisierung, Baden-Baden.

*Der Sammelband stellt ein weites Spektrum von Thematisierungsmöglichkeiten und Positionen innerhalb der Politischen Theorie vor. Einzelne Beiträge beschäftigen sich etwa mit dem Wandel von Öffentlichkeit, Privatheit, Freiheit oder zivilem Ungehorsam im Kontext der Digitalisierung.*



## Literatur

- Antic, Andreas (2017): *Digitale Öffentlichkeiten und intelligente Kooperation*, Potsdam.
- Asenbaum, Hans (2018): Anonymity and Democracy: Absence as Presence in the Public Sphere, in: *American Political Science Review* 112 (3), S. 1–14.
- August, Vincent (2018): Theorie und Praxis der Transparenz. Eine Zwischenbilanz, in: *Berliner Blätter. Ethnographische und ethnologische Beiträge, Sonderheft* 76, S. 129–156.
- Baecker, Dirk (2018): *4.0 oder Die Lücke die der Rechner lässt*, Leipzig.
- Baldwin-Philippi, Jessica (2019): The Technological Performance of Populism, in: *New Media & Society* 21 (2), S. 376–397.
- Barber, Benjamin R. (1998): Three Scenarios for the Future of Technology and Strong Democracy, in: *Political Science Quarterly* 113 (4), S. 573–589.
- Bastick, Zach (2017): Digital Limits of Government. The Failure of E-Democracy, in: Alois A. Paulin u. a. (Hrsg.): *Beyond Bureaucracy. Towards Sustainable Governance Informatisation*, Basel.
- Beer, David (2017): The Social Power of Algorithms, in: *Information, Communication & Society* 20 (1), S. 1–13.
- Benkler, Yochai (2006): *The Wealth of Networks. How Social Production Transforms Markets and Freedom*, New Haven.
- Benkler, Yochai (2016): Degrees of Freedom, Dimensions of Power, in: *Daedalus* 145 (1), S. 18–32.
- Bennett, W. Lance/Segeber, Alexandra (2014): *The Logic of Connective Action. Digital Media And The Personalization Of Contentious Politics*, Cambridge.
- Bennett, W. Lance/Pfetsch, Barbara (2018): Rethinking Political Communication in a Time of Disrupted Public Spheres, in: *Journal of Communication* 68 (2), S. 243–253.
- Bennett, W. Lance/Segeber, Alexandra/Knüpfer, Curd B. (2018): The Democratic Interface. Technology, Political Organization, and Diverging Patterns of Electoral Representation, in: *Information, Communication & Society* 21(11), S. 1655–1680.
- Berg, Sebastian (2018): Politisches Gestalten als Herausforderung der Digitalisierung, in: Wolfgang Stadler (Hrsg.): *Mehr als Algorithmen. Digitalisierung in Gesellschaft und Sozialer Arbeit*, Weinheim.
- Berg, Sebastian/Rakowski, Niklas/Thiel, Thorsten (2020): Die digitale Konstellation. Eine Positionsbestimmung, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* (online first).
- Blum, Christian/Zuber, Christina Isabel (2016): Liquid Democracy. Potentials, Problems, and Perspectives, in: *Journal of Political Philosophy* 24 (2), S. 162–182.
- Bohman, James (2004): Expanding Dialogue. The Internet, the Public Sphere and Prospects for Transnational Democracy, in: *The Sociological Review* 52 (1), S. 131–155.
- Bridle, James (2018): *New Dark Age: Technology and the End of the Future*, London.
- Bruns, Axel (2019): *Are Filter Bubbles Real?* London.
- Buchstein, Hubertus (2002): Bytes that Bite: The Internet and Deliberative Democracy, in: *Constellations* 4 (2), S. 248–263.
- Castells, Manuel (2011): Network Theory. A Network Theory of Power, in: *International Journal of Communication* 5(0), S. 15.
- Celikates, Robin (2015): Digital Publics, Digital Contestation: A New Structural Transformation of the Public Sphere? In: Robin Celikates/Regina Kreide/Tilo Wesche (Hrsg.): *Transformations of Democracy: Crisis, Protest and Legitimation*, London, S. 159–176.
- Clark, David D. (2016): The Contingent Internet, in: *Daedalus* 145 (1), S. 9–17.
- Cohen, Julie E. (2012): *Configuring the Networked Self: Law, Code, and the Play of Everyday Practice*, New Haven.
- Coleman, Stephen/Blumler, Jay G. (2009): *The Internet and Democratic Citizenship. Theory, Practice and Policy*, Cambridge.
- Couldry, Nick (2017): Surveillance-Democracy, in: *Journal of Information Technology & Politics* 14 (2), S. 182–188.
- Couldry, Nick/Hepp, Andreas (2016): *The Mediated Construction of Reality*, Cambridge.

- Dahlberg, Lincoln (2007): Rethinking the Fragmentation of the Cyberpublic. From Consensus to Contestation, in: *New Media & Society* 9 (5), S. 827–847.
- Dahlberg, Lincoln (2011): Re-Constructing Digital Democracy. An Outline of Four 'Positions', in: *New Media & Society* 13 (6), S. 855–872.
- de Lagasnerie, Geoffroy (2016): *Die Kunst der Revolte*. Snowden, Assange, Manning, Berlin.
- Dean, Jodi (2003): Why the Net Is Not a Public Sphere, in: *Constellations* 10 (1), S. 95–112.
- Deutsch, Karl W. (1969): *Politische Kybernetik, Modelle und Perspektiven*, Freiburg i. Br.
- Dormal, Michel (2018): Die öffentliche Meinung gibt es (immer noch) nicht. Eine Kritik an Pierre Rosanvallon und John Keane's öffentlichkeitszentrierten Formwandeltheorien, in: Winfried Thaa/Christian Volk (Hrsg.): *Formwandel der Demokratie*, Baden-Baden, S. 81–99.
- Earl, Jennifer/Kimport, Katrina (2011): *Digitally Enabled Social Change. Activism in the Internet Age*, Cambridge.
- Enzensberger, Hans Magnus (1974): Baukasten zu einer Theorie der Medien, in: Ders. (Hrsg.): *Palaver*, Frankfurt a. M.
- Floridi, Luciano (2015): *Die 4. Revolution: Wie die Infosphäre unser Leben verändert*, Berlin.
- Gerbaudo, Paolo (2019): *The Digital Party: Political Organisation and Online Democracy*, London.
- Greenfield, Adam (2017): *Radical Technologies: The Design of Everyday Life*, London.
- Gugerli, David (2018): *Wie die Welt in den Computer kam. Zur Entstehung digitaler Wirklichkeit*, Frankfurt a. M.
- Habermas, Jürgen (1998): *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Frankfurt a. M.
- Habermas, Jürgen (2008): Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie, in: Ders. (Hrsg.): *Ach, Europa*, Frankfurt a. M., S. 138–191.
- Hindman, Matthew (2008): *The Myth of Digital Democracy*, Princeton.
- Hofmann, Jeanette/Kersting, Norbert/Ritzi, Claudia u. a. (2019): *Politik in der digitalen Gesellschaft*, Bielefeld.
- Ingold, Albert (2017): Digitalisierung demokratischer Öffentlichkeiten, in: *Der Staat* 56 (4), S. 491–533.
- Juris, Jeffrey S. (2012): Reflections on #Occupy Everywhere. Social media, public space, and emerging logics of aggregation, in: *American Ethnologist* 39 (2), S. 259–279.
- Karpp, David (2016): *Analytic Activism: Digital Listening and the New Political Strategy*, New York.
- Katzenbach, Christian (2018): *Die Regeln digitaler Kommunikation: Governance zwischen Norm, Diskurs und Technik*, Wiesbaden.
- Keane, John (1995): Structural Transformations of the Public Sphere, in: *The Communication Review* 1 (1), S. 1–22.
- Keane, John (2011): *Monitory Democracy? In: Sonja Alonso/John Keane/Wolfgang Merkel (Hrsg.): The Future of Representative Democracy*, Cambridge, S. 212–235.
- Keller, Felix (2001): *Archäologie der Meinungsforschung*, Konstanz.
- Kelty, Christopher u. a. (2015): Seven Dimensions of Contemporary Participation Disentangled, in: *Journal of the Association for Information Science and Technology* 66 (3), S. 474–488.
- Kersting, Norbert (2019): Digitalization and Political Science in Germany, in: Helen V. Milner/Marianne Kneuer (Hrsg.): *Political Science and Digitalization – Global Perspectives*, Opladen, S. 146–162.
- Kitchin, Rob (2017): Thinking Critically about and Researching Algorithms, in: *Information, Communication & Society* 20 (1), S. 14–29.
- Kreiss, Daniel (2015): The Problem of Citizens. E-Democracy for Actually Existing Democracy, in: *Social Media + Society* 1 (2), S. 1–11.
- Kreiss, Daniel (2016): *Prototype Politics: Technology-Intensive Campaigning and the Data of Democracy*, New York.
- Lenk, Klaus (2016): Die neuen Instrumente der weltweiten digitalen Governance, in: *Verwaltung & Management* 22 (5), S. 227–240.
- Lorey, Isabel (2012): Demokratie statt Repräsentation. Zur konstituierenden Macht der Besetzungsbewegungen, in: Jens Kastner u. a. (Hrsg.): *Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen*, Wien, S. 7–49.

- Margetts, Helen (2019): Rethinking Democracy with Social Media, in: *The Political Quarterly* 90 (19), S. 107–123.
- Moore, Alfred (2018): Anonymity, Pseudonymity, and Deliberation: Why Not Everything Should Be Connected, in: *Journal of Political Philosophy* 26 (2), S. 169–192.
- Münker, Stefan (2009): *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die sozialen Medien im Web 2.0*, Frankfurt a. M.
- Nassehi, Armin (2019): *Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft*, München.
- Nissenbaum, Helen (2009): *Privacy in Context. Technology, Policy, and the Integrity of Social Life*, Stanford.
- Pariser, Eli (2011): *The Filter Bubble. What the Internet is Hiding from You*, London.
- Pasquale, Frank (2015): *The Black Box Society. The Secret Algorithms That Control Money and Information*, Berlin.
- Passoth, Jan-Hendrik (2008): *Technik und Gesellschaft. Sozialwissenschaftliche Techniktheorien und die Transformationen der Moderne*, Wiesbaden.
- Peters, Bernhard (2007): Der Sinn von Öffentlichkeit, in: Hartmut Weßler (Hrsg.): *Der Sinn von Öffentlichkeit*, Frankfurt a. M.
- Pohle, Julia/Thiel, Thorsten (2019): Digitale Vernetzung und Souveränität: Genealogie eines Spannungsverhältnisses, in: Isabelle Borucki/Wolf Schünemann (Hrsg.): *Internet und Staat*, Baden-Baden, S. 35–56.
- Rau, Jan Philipp/Stier, Sebastian (2019): Die Echokammer-Hypothese: Fragmentierung der Öffentlichkeit und politische Polarisierung durch digitale Medien? In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 13 (3), S. 399–417.
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin.
- Rendueles, César (2015): *Soziophobie. Politischer Wandel im Zeitalter der digitalen Utopie*, Berlin.
- Rheingold, Howard (2003): *Smart Mobs. The Next Social Revolution*, Cambridge.
- Rid, Thomas (2016): *Maschinendämmerung: Eine kurze Geschichte der Kybernetik*, Berlin.
- Ritzi, Claudia/Zierold, Alexandra (2019): Souveränität unter den Bedingungen der Digitalisierung, in: Isabelle Borucki/Wolf Schünemann (Hrsg.): *Internet und Staat*, Baden-Baden, S. 57–78.
- Rosanvallon, Pierre (2008): *Counter Democracy. Politics in an Age of Distrust*, Cambridge.
- Scarlett, Ashley/Zeilinger, Martin (2019): Rethinking Affordance, in: *Media Theory* 3 (1), S. 1–48.
- Schaal, Gary S./Ewert, Björn/Lancaster, Kelly/Stulpe, Alexander (2018): Die Herausforderungen der Digitalität für demokratische Staatlichkeit, in: Lorina Buhr u. a. (Hrsg.): *Staat, Internet und digitale Gouvernementalität*, Wiesbaden, S. 105–139.
- Schmalz-Bruns, Rainer (2001): Internet-Politik. Zum demokratischen Potenzial der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, in: *Politik und Technik* 31, S. 108–131.
- Schwarz, Elke (2014): @hannah\_arendt. An Arendtian Critique of Online Social Networks, in: *Millennium* 43 (1), S. 165–186.
- Seemann, Michael (2019): Gestapelte Demokratie, in: was wäre wenn. URL: <https://www.www-mag.de/debatten/beitrag/gestapelte-demokratie> (abgerufen am 12.07.2019).
- Shirky, Clay (2008): *Here Comes Everybody. The Power of Organizing Without Organizations*, New York.
- Sifry, Micah L. (2011): *Wikileaks and the Age of Transparency*, New Haven.
- Spielkamp, Matthias (2019): *Automating Society. Taking Stock of Automated Decision Making in the EU*. URL: [https://algorithmwatch.org/wp-content/uploads/2019/01/Automating\\_Society\\_Report\\_2019.pdf](https://algorithmwatch.org/wp-content/uploads/2019/01/Automating_Society_Report_2019.pdf) (abgerufen am 13.09.2019).
- Staab, Philipp (2019): *Digitaler Kapitalismus. Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit*, Berlin.
- Stahl, Titus (2016): Indiscriminate Mass Surveillance and the Public Sphere, in: *Ethics and Information Technology* 18 (1), S. 33–39.
- Stalder, Felix (2016): *Kultur der Digitalität*, Berlin.
- Sunstein, Cass R. (2001): *Republic.com*, Princeton.
- Susser, Daniel/Roessler, Beate/Nissenbaum, Helen (2019): Technology, autonomy, and manipulation, in: *Internet Policy Review* 8 (2), S. 1–22.

- Thaa, Winfried (2008): Kritik und Neubewertung politischer Repräsentation. Vom Hindernis zur Möglichkeitsbedingung politischer Freiheit, in: *Politische Vierteljahresschrift* 49 (4), S. 618–640.
- Thiel, Thorsten (2017a): Anonymität und Demokratie, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 30 (2), S. 152–161.
- Thiel, Thorsten (2017b): Digitalisierung als Kontext politischen Handelns. Republikanische Perspektiven auf die digitale Transformation der Gegenwart, in: Thorsten Thiel/Daniel Jacob (Hrsg.): *Politische Theorie und Digitalisierung*, Baden-Baden, S. 189–216.
- Tufekci, Zeynep (2017): *Twitter and Tear Gas. The Power and Fragility of Networked Protest*, New Haven.
- Urbinati, Nadia (2019): Judgment Alone. Cloven Citizenship in the Era of the Internet, in: Dario Castiglione/Johannes Pollak (Hrsg.): *Creating Political Presence. The New Politics of Democratic Representation*, Chicago, S. 61–85.
- Wagner, Benjamin (2018): Ethics as an Escape from Regulation: From Ethics-Washing to Ethics-Shopping? In: Mireille Hildebrandt: *Being Profiling. Cogitas ergo sum*, Amsterdam, S. 108–115.
- Zuboff, Shoshana (2018): *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus*, Frankfurt a. M./New York.
- Zuckerman, Ethan (2014): New Media, New Civics? In: *Policy & Internet* 6 (2), S. 151–168.
- Züger, Theresa (2017): *Reload Disobedience. Ziviler Ungehorsam im Zeitalter digitaler Medien*. Diss.